



Entzweit über ein Bündnis

Zwei alte Friedensbewegte streiten über den »Friedenswinter«. Seite 3

Foto: 123rf/Vitaly Titov

Demokratische Revolution

Zur eigenwilligen Strategie der spanischen Bürgerbewegung Podemos. Seite 10

Planlos im Park

Was hat Berlin mit dem alten Spreeparkgelände vor? Seite 11

Foto: Burkhard Lange



Bundesausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Montag, 8. Dezember 2014

69. Jahrgang/Nr. 285

STANDPUNKT

Brandgefährlich

Tom Strohschneider über die Union im Ressentiment-Rennen

Über die Idee der CSU, Migranten vorzuschreiben, »im öffentlichen Raum und in der Familie Deutsch zu sprechen«, ist viel und zurecht gehöhnt worden. »In Absurdistan angekommen« ist die Union damit aber nicht. Leider. Der Vorstoß ist allzu wirklich.

Es ist auch nicht der erste Anfall von Blockwartmentalität, die nationalistische Reflexe gegen eine liberale Integrationspolitik und einen emanzipierten Umgang mit Unterschieden in Stellung bringt. Eher scheint sich die Union wieder öfter darauf zu verlegen, ihr politisches Heil auch bei den rechts orientierten Wählern zu suchen. Das gilt nicht nur für die CSU, in der CDU fand die Sprachpolizei-Idee auch Anhänger.

Der Grund dafür liegt: unter anderem in Thüringen. Seit dort ein rot-rot-grünes Kabinett im Amt ist, regieren die Grünen in mehr Bundesländern als die Union. Die SPD ist der Partei von Angela Merkel landespolitisch schon länger vorausgeeilt. Die Kanzlerin wird immer mehr zur Regierungschefin ohne föderalen Unterbau.

Mitverantwortlich dafür ist der Aufstieg der AfD. Mal hat die Union von Abgrenzung gesprochen – und mal dann doch den direkten Flirt mit der Rechtspartei gesucht. Verschwunden ist die AfD aber nicht. Die CDU will nun mit Antworten auf »die Frage der ansteigenden Flüchtlingszahlen« Wähler zurückgewinnen, hieß es aus der Partei. Mit der Forderung nach einer Deutsch-Pflicht für Migranten hat die CSU bereits begonnen, das Feld der Ressentiments gegen Nicht-Deutsche zu beackern. Das ist angesichts der ohnehin schon verbreiteten Hass-Stimmung gegen Flüchtlinge brandgefährlich.

UNTEN LINKS

Mit einer letzte Woche veröffentlichten Liste von **Sexpraktiken**, die in britischen Pornos verboten sein sollen, will die britische Regierung dafür Sorge tragen, dass künftig in einheimischen Sexfilmen keine Sauerereien mehr zu sehen sind. Schon beim Dreh sollen zur geschlechtlichen Erregung angewandte Techniken wie Fisting, das Sitzen auf dem Gesicht des Partners oder das klassische Hinternversohlen künftig durch Bügeln, Rhythmusgymnastik und Kreuzworträtsellösen ersetzt werden. Darüber hinaus ist ein Gesetz geplant, das sich eines weiteren bisher sträflich unterschätzten Problems annehmen soll: der Nacktheit der Darsteller. Dieser will man demnächst mit bis zu den Fußknöcheln reichenden Lammswollpullovern bekommen. Seit kürzlich britische Politiker mit Entsetzen feststellen mussten, dass in solchen Filmproduktionen Geschlechtsverkehr zwischen unbedeckten Personen stattfindet, herrscht blanker Aufruhr im Parlament. Weitere Maßnahmen sollen folgen. *tbl*

Sujatlh 'e' ylmev!

CSU will Migranten das Deutschreden vorschreiben – und löst einen Proteststurm aus



Fotos: imago/T. Skupin, Photocase/kallejppx [M]

Berlin. Sujatlh 'e' ylmev ist Klingonisch und heißt so viel wie: »Haltet den Mund«. Dass die erfundene Sprache von Film-Außerirdischen auf der Politbühne zum Argument wird, passiert nicht alle Tage – es braucht dazu einen Vorschlag wie den der CSU, der am Wochenende Schlagzeilen machte: Die Forderung, dass Zuwanderer zu Hause Deutsch sprechen sollen. Das kam selbst dem CDU-Generalsekretär Peter Tauber spanisch vor: »Ich finde ja, es geht die Politik nichts an, ob ich zu Hause lateinisch, klingonisch oder hessisch rede«, so Tauber im Kurznachrichtendienst Twitter.

Die Klingonen gibt es eigentlich nur im Star-Trek-Universum, vom Planeten Qo'noS stammend gelten sie als ziemlich aufbrausend. Was klingonische Einwanderer in – sagen wir: München zum Entwurf der CSU-Spitze für den Leitartikel zum Thema Migration für den Parteitag Ende dieser Woche sagen würden? »Wer dauerhaft hier leben will, soll dazu angehalten werden, im öffentlichen Raum und in der Familie deutsch zu sprechen«, heißt es darin.

Nicht nur die Sozialen Netzwerke im Internet erleben einen wahren Proteststurm hämischer und kritischer Kommentare. Sogar das Auswärtige Amt distanzierte sich: »Wir sprechen weiter diplomatisch!«, twitterte das Außenministerium. CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer verteidigte indes die Forderung. Sprache sei nun einmal wichtig für die Integration. »Die Kritik ist an den Haaren herbeigezogen«, so Scheuer. »Die CSU ist in Absurdistan angekommen«, kritisierte dagegen SPD-Generalsekretärin Yasmin Fahimi. »Jetzt ist die CSU narrisch geworden«, so der Innenexperte der Grünen, Volker Beck. »Was ich zu Hause spreche, geht die CSU einen feuchten Kehricht an.« Der Vorsitzende der Linkspartei, Bernd Riexinger, sagte, »eine Sprachpolizei braucht niemand«.

Erst Ende 2013 hatten die Christsozialen mit dem Slogan »Wer betrügt, der fliegt« Stimmung gegen Flüchtlinge und Migranten gemacht. Hinter solchen Provokationen, so die Nachrichtenagentur dpa, würden viele vermuten, »dass die CSU der Alternative für Deutschland (AfD) das Wasser abgraben will«. Auch aus der CDU, die in dieser Woche ebenfalls einen Parteitag abhält, verlautete, man dürfe dann »nicht nur über Wirtschaftspolitik reden, sondern auch über die Themen, die den Leuten auf der Seele brennen und sie womöglich der AfD in die Arme treiben«. Als Beispiel nannte Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) unter anderem: die ansteigenden Flüchtlingszahlen. *tos* Seite 15

CIA-Folterbericht: Obama will Teile geheim halten

Senat vor Veröffentlichung gewarnt / Außenminister sorgt sich um Geiseln

Washington. Die US-Regierung hat den Senat in Washington davor gewarnt, den Bericht über geheime Foltermethoden des Auslandsgeheimdienstes CIA kommende Woche wie geplant zu veröffentlichen. Außenminister John Kerry habe deshalb Senatorin Diane Feinstein angerufen, die den Report seit Monaten publik machen will. Das sagte die Sprecherin des Nationalen Sicherheitsrates der USA, Bernadette Meehan, der Deutschen Presse-Agentur am Wochenende. Laut der Sprecherin des State Department, Jen Psaki, habe Kerry gewarnt, dass dieser Bericht neue Gewalt im Nahen Osten auslösen und weitere US-amerikanische Geiseln gefährden könne.

Der Geheimdienstsausschuss im Senat, dem Feinstein vorsitzt, hatte im April nach jahrelangem Streit für die Veröffentlichung gestimmt. Demnach sollen rund 500 Seiten des insgesamt 6300 Seiten langen »Torture Report« den US-Amerikanern zugänglich gemacht werden. Darin geht es um die weltweit kritisierten Folterungen der Central Intelligence Agency unter der Regierung des damaligen Präsidenten George W. Bush. Besonders die Praxis des »Waterboarding«, bei dem das Ertränken der verhörten Opfer simuliert wird, hatte in Bushs »Krieg gegen den Terror« für scharfe Kritik gesorgt.

Obama sei weiterhin für eine rasche Veröffentlichung des gekürzten Berichts, sagte Meehan. Regierung und Senat, die zweite Kammer des Kongresses, hatten sich nach Informationen der »New York Times« allerdings monatelang darüber gestritten, welche Teile des Berichts zurückgehalten werden sollen. *dpa/nd* Kommentar Seite 4

Mehr Lohnarbeit bringt dem Fiskus 66 Milliarden Euro

Bartsch: Beschäftigte finanzieren die staatlichen Aufgaben fast allein

Berlin. Der Staat profitiert in Milliardenhöhe von der relativ guten Lage auf dem Arbeitsmarkt. Die Mehreinnahmen und Minderausgaben der öffentlichen Haushalte und der Sozialversicherungen belaufen sich dieses Jahr auf insgesamt 66 Milliarden Euro, wie die »Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung« in Berufung auf das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) vermeldete. So könnte Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) dieses Jahr mit deutlich weniger Schulden auskommen. Im Haushaltsplan ist derzeit eine Neuverschuldung von 6,5 Milliarden Euro geplant, einem »Spiegel«-Bericht könnte das Minus jedoch bis zu einer Milliarde niedriger ausfallen.

Bei seinen Berechnungen ging das RWI von 38,2 Millionen Beschäftigten im Jahr 2014 aus. Im Vergleich zum Jahr 2005, dem Jahr mit dem niedrigsten Beschäftigungsstand seit der Jahrtausendwende, erhalten die Sozialversicherungen dank der gestiegenen Zahl von Beitragszahlern zusätzliche Einnahmen von 34 Milliarden Euro. Die öffentlichen Haushalte profitieren von einem Plus bei der Lohnsteuer in der Höhe von insgesamt 15 Milliarden. Außerdem muss der Staat wegen der besseren Lage auf dem Arbeitsmarkt weniger Geld für Erwerbslose ausgeben – im Vergleich zu 2005 sind dies 17 Milliarden.

Die Linkspartei kritisierte, die Finanzierung der öffentlichen Haushalte sei sehr ungerecht verteilt. Der Vizevorsitzende der Linksfraktion, Dietmar Bartsch, sagte gegenüber »nd«, »völlig unzureichend werden die Superreichen und Konzerne zur Finanzierung herangezogen«. Beschäftigte würden »fast allein die staatlichen Aufgaben« finanzieren. *spo* Kommentar Seite 4

Thüringer CDU blockiert Rot-Rot-Grün

Kritik an Verhalten der abgewählten Regierung / Engere Kontakte Mohrings zur AfD als bisher bekannt

Die CDU in Thüringen zeigt sich als schlechte Verliererin – offenbar versucht sie, den Amtsantritt der neuen Landesregierung zu behindern.

Berlin. Die neue rot-rot-grüne Landesregierung muss laut einem Bericht des »Spiegel« gegen Intrigen der nach 24 Jahren abgewählten CDU ankämpfen. So seien in der Staatskanzlei keine Stellen mehr für persönliche Referenten und Büroleiter frei, weil die CDU »ihr einst ohne Ausschreibung ins Amt beordertes parteinahes Personal kurz vor Torchluss auf reguläre Stellen gesetzt und diese damit blockiert« habe. Staatskanzleichef Benjamin Hoff (Linkspartei) sprach von einem Versuch der Demütigung.

Kritik kommt auch von Umweltministerin Anja Siegesmund von den Grünen. Ihr gegenüber sei eine geordnete Übergabe des Ministeriums abgelehnt worden. Die Grünenpolitikerin wird mit den

Worten zitiert: »Was hier abläuft, ist unanständig.«

Schon Ende November war berichtet worden, dass der damals noch amtierende CDU-Finanzminister Rücklagen des Freistaates in Höhe von 200 Millionen Euro aufgelöst hatte – mit dem Argument, Schulden des Landes zu tilgen. Die Gelder fehlen aber nun praktisch der rot-rot-grünen Regierung, was deren Spielraum einschränkt.

Gegenüber »neues deutschland« hatte der neue Ministerpräsident Bodo Ramelow unlängst erklärt, die neue Landesregierung werde zunächst einen Kassensturz vornehmen. »Wir müssen erst einmal in die Bücher schauen, die uns die CDU hinterlässt. Sie hat den größten Schuldenberg der neuen Länder aufgehäuft.« Man wisse auch »nicht, wie viel Schulden noch in Schattenhaushalten stecken und was schon im Voraus ausgegeben wurde.«

Für das Festhalten an der Macht in Erfurt hat die Thüringer CDU

offenbar auch enger als bisher bekannt mit der Rechtspartei AfD über eine Verhinderung von Ramelow beraten. Berichten zufolge soll CDU-Fraktionschef Mike

»Für den möglichen Machterhalt war und ist die CDU offenbar zu allem bereit.«

Susanne Hennig-Wellsow

Mohring die Spitze der Landtags-CDU Anfang November von konkreten Überlegungen für den Fall einer Kampfkandidatur unterrichtet haben, so »Der Spiegel« heißt. Die Thüringer Rechtspartei habe »ein Treffen und danach regelmäßige Telefonate« bestätigt. Auch Mohring bestätigte die Gespräche mit der AfD, dementierte aber konkrete Absprachen.

